

(Berichterstatter Abgeordneter Reitsch.)

(A) außerhalb des Bahnhofes gelegenen Kreuzungsgleises den zutage getretenen Übelständen zu begegnen versucht hat. Es wäre aber vielleicht früher schon ratsamer gewesen, diese Palliativmittelchen nicht erst anzuwenden, sondern auf die uns unter Tit. 21 des außerordentlichen Etats vorgelegte Verlegung der Hainsberg-Ripsdorfer Linie von Station 201 bis 231 früher zuzukommen.

An der jetzigen Stelle läßt sich der Bahnhof Schmiedeberg nicht in der notwendigen Weise erweitern. Um ihn den gesteigerten Verkehrsverhältnissen anzupassen und zugleich als Übergangsbahnhof für die zu erbauende Pöbeltalbahn anlegen zu können, muß er verlegt und im freien Gelände erbaut werden. Dadurch macht sich die Verlegung der Hainsberg-Ripsdorfer Schmalspurbahn zwischen Obercarsdorf-Buschmühle auf eine Länge von 2990 m notwendig. Diese Bahnverlegung erheischt einen Gesamtaufwand von 783 000 M., wovon allein auf den Bahnhof Schmiedeberg 350 000 M. Kosten entfallen, von denen über 30 Prozent = 105 000 M. der Pöbeltalbahn angelastet werden sollen, da auf deren Einführung in den Bahnhof Schmiedeberg gleichzeitig mit Rücksicht genommen werden muß. An direkten Einnahmen und Rücknahmen von dem abzubrechenden alten Bahnkörper sind zusammen 112 000 M. veranschlagt, so daß von der ganzen Baukostensumme von 783 000 M. die Summe von 217 000 M. in Abzug zu bringen ist. Es bleibt demnach ein zu bewilligender Betrag von 566 000 M.

Zu der Schmiedeberger Bahnhofsverlegung ist eine Petition eingegangen, welche sich mit der von der Regierung den Ständen vorgelegten Planung einverstanden erklärt und die Bitte ausspricht, den von anderer Seite geäußerten Wünschen keine Beachtung zu schenken. An die Ständeversammlung ist zwar eine gegen die Regierungsvorlage Stellung nehmende Petition nicht ergangen. Demungeachtet hat Ihre Deputation aber geglaubt abwarten zu müssen, bis das königliche Finanzministerium die von anderer Seite gewünschten Erörterungen über eine Herstellung des Bahnhofes Schmiedeberg an anderen Stellen abgeschlossen hätte, bevor sie die Beratungen über die Vorlage zum Abschluß brachte. Am 17. Februar wurde nun der Deputation das Ergebnis der außerordentlich eingehenden und sorgfältigen Ermittlungen in einem längeren Schreiben der Regierung zur Kenntnis gebracht. Nach genauer Prüfung der dem Schreiben beigefügten Pläne und der durch die anderweiten Projekte sich ergebenden Vorteile und Nachteile kam die Deputation einmütig zu der Überzeugung, daß schon der höheren Kosten wegen am zweckmäßigsten an der Regierungsvorlage festzuhalten sei, wodurch die zu ihr eingegangene Petition gegenstandslos wird. Nur den Wunsch glaubt die Deputation zum Ausdruck bringen zu

(C) sollen, daß die Zufuhrstraße zu dem projektierten neuen Bahnhofs Schmiedeberg nicht in der geplanten Weise durch das Flurstück 18, sondern durch das Flurstück 20 nach dem Dorfplatz 21 des Flurbuchs von Schmiedeberg geführt wird, wodurch statt einer neuen Brücke über die Weißeritz nur eine unwesentliche Verbreiterung der vorhandenen Brücke zu erfolgen hätte und für den oberen Teil von Schmiedeberg die Herstellung eines ca. 100 m langen Fußweges vom Bahnhofs nach der Altenberger Straße durch die Flurstücke 268b, 268a und 133B mit dem Bau einer schmalen Fußgängerbrücke über die Weißeritz außerordentlich vorteilhaft für den Verkehr nach und von dem geplanten neuen Bahnhofs sein würde.

Von einer weiteren, nach Abschluß der Beratungen in der Deputation noch an die Ständeversammlung gerichteten Zuschrift, den Bahnhofsumbau und die Eisenbahnverlegung umgehend in Angriff zu nehmen, wurde nachträglich noch Kenntnis genommen. Vor Beendigung der noch vorzunehmenden speziellen Vorarbeiten und des Grunderwerbes kann aber natürlich der Bau nicht begonnen werden.

Ihre Deputation beschloß nach eingehender Beratung, den Ihnen unter Nr. 242 vorgelegten Antrag zu stellen, welchem ich beizutreten bitte.

Präsident: Das Wort wird nicht weiter begehrt. (D) Ich schließe die Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung.

Will die Kammer beschließen: die unter Tit. 21 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1914/15 geforderte Summe von 566 000 M. für Verlegung der Schmalspurbahn Hainsberg-Ripsdorf zwischen Obercarsdorf und Buschmühle nach der Vorlage zu bewilligen und die zu derselben eingegangene Petition Paul Lindners und Genossen, die Verlegung des Bahnhofes Schmiedeberg betreffend, durch diesen Beschluß für erledigt zu erklären?

Einstimmig.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition des Gemeinderats Obergurig und Genossen um Errichtung einer öffentlichen Güterverkehrsstelle in Singwitz. (Drucksache Nr. 243.)**

Derselbe Herr Berichterstatter.

Ich eröffne die Debatte und gebe ihm das Wort.